

Beschluss der Landesversammlung BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen 18./19. Mai 2000, Zwickau, Domgarten

Vermögenssteuer

V-3

Für eine bessere Sozialpolitik und eine Hinwendung zum Osten - Teil III: Vermögenssteuer -

- 5 D.a Beschlussvorschlag Vermögenssteuer
Bündnis 90/Die Grünen stehen dafür, im Sinne sozialer Gerechtigkeit auch von vermög-
10 genden Menschen/Institutionen einen angemessenen Beitrag zum Gemeinwesen ein-
fordern. Dies kann eine umfassende Reform der Erbschaftssteuer und/oder die Wiederein-
führung der Vermögenssteuer bedeuten. Für die besonders umstrittene betriebliche
15 Vermögenssteuer präferieren wir, falls rechtlich möglich, für die neuen Bundesländer
eine z.B. 10-jährige Ausnahmeregelung.
Bisher wurde sowohl die Diskussion über die Vermögenssteuer vom Bundeskanzler been-
det, als auch die Länderinitiative zur Neubewertung der Immobilien bei der Erbschafts-
steuer im Bundesrat abgelehnt. Dass die bündnisgrüne Bundestagsfraktion diesen Themen
20 bisher eher ablehnend gegenüberstand, hat die Abschmetterung dieser Reformen sicher-
lich begünstigt. Um so wichtiger ist es nun, sich auf soziale Gerechtigkeit als einen Grund-
wert zu besinnen und das Thema trotz aller Widerstände langfristig voranzutreiben. Denn
nur bei ausreichender Beteiligung der starken Schultern werden Finanzen zur Verfügung
25 stehen, mit denen sich z.B. eine gute Sozialpolitik betreiben lässt.
Dafür sind weitaus stärkere Aktivitäten als bisher notwendig. Es sind breite Diskussio-
nen über die Wahl der verschiedenen Mittel zu führen. Das neue Stiftungsrecht, das
Bündnis 90/Die Grünen maßgeblich mit auf den Weg gebracht haben und das wir be-
grüssen, ist ein völlig anderes Thema. Denn es beruht auf Freiwilligkeit und ist daher
keineswegs ausreichend. Wer es ernsthaft als Ersatz einer Vermögensbesteuerung
anbietet, betreibt Ablenkungsdiskussionen.